

# DEUTSCHE ZOLL- UND FINANZGEWERKSCHAFT

Mitglied im DBB - Beamtenbund und Tarifunion

**Bezirksverband Berlin-Brandenburg**

Red. Uwe Büttner / OV Potsdam



[www.bdz-bb.de](http://www.bdz-bb.de)

12/2006

Info vom 25.09.2006



**Ondracek: Mehr Personal in der Finanzverwaltung würde Staatseinnahmen um 30 bis 40 Milliarden Euro erhöhen!**

**Mit scharfer Kritik an der Personalpolitik der öffentlichen Hand hat der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG), Dieter Ondracek, auf die anhaltenden Stellenkürzungen in Bund und Ländern reagiert: „Es ist Arbeit in Hülle und Fülle da, doch setzt man die Leute frei“, sagte er dem Kölner Stadt-Anzeiger (Ausgabe vom 23. September 2006).**

In welchem Maße Bund und Länder sich durch ihre „starren haushaltspolitischen Überlegungen“ selber schadeten, machte der Steuerexperte an einem Beispiel aus der Finanzverwaltung deutlich: Nach Schätzungen der DSTG, würde der Staat jährlich 30 bis 40 Milliarden Euro Mehreinnahmen erzielen, wenn die Finanzverwaltung um 10 000 Mitarbeiter vergrößert würde.

Dringend notwendig sei vor allem, die Zahl der Betriebsprüfer zu erhöhen, empfiehlt der dbb Vize: Jeder einzelne bringe dem Staat im Schnitt Einnahmen von einer Million Euro im Jahr. Doch würden derzeit mangels Personal Konzerne nur alle vier bis fünf Jahre, Mittelständler sogar nur alle zwölf bis 13 Jahre geprüft, und dann auch nur für die letzten drei Jahre. „Und weniger Personal heißt nun einmal weniger Steuereinnahmen“, machte Ondracek deutlich.